Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 36 (2017)

Heft: 70

Artikel: Ist Europa noch zu retten? : Anmerkungen zum Europakongress der Wochenzeitung WOZ

Autor: Howald, Stefan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-781011

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Stefan Howald

Ist Europa noch zu retten?

Anmerkungen zum Europakongress der Wochenzeitung WOZ

Am Beginn stand eine Überraschung und ein Versäumnis: Die Redaktion der *WOZ Die Wochenzeitung* hatte, wie viele andere auch, im Juni 2016 nicht mit einem Ja zum Brexit gerechnet. Sie hatte keine vertiefte Berichterstattung zu einem möglichen Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union vorbereitet und musste sich kurzfristig neue Zugänge überlegen. Dabei zeigte sich: Innerhalb der Redaktion existierte ein vager Konsens zur Europapolitik, oder vielmehr ein klarer Konsens zum Nationalstaat – der steht in einer verheerenden Tradition und ist ein Auslaufmodell. Dagegen gab es keinen kohärenten Diskurs, keine ausformulierten Argumente für eine transnationale Politik. Und es gab umgekehrt wenig Einsicht in die vordergründigen oder tiefsitzenden Ressentiments gegenüber der EU und anderen transnationalen Institutionen, die sich im Brexit-Votum gerade auch bei sozial benachteiligten Schichten gezeigt hatten.

Deshalb beschloss das WOZ-Kollektiv, einen Europakongress zu organisieren. Der erste Impuls in der vorbereitenden Gruppe lautete: Argumente gegen Nationalismus und Xenophobie zu liefern, damit auch gegen die Schweizerische Volkspartei (SVP). Der zweite Impuls lautete: Bloss nicht die ewige Jammerei über den Rechtsnationalismus und die üblichen Verdächtigen. Sich nicht auf die Vorgaben von rechts einlassen, sondern umgekehrt formulieren, was uns an Europa beschäftigt – sicherlich, was uns daran ärgert und empört, aber auch, was wir davon erwarten und erhoffen. Ein Manifest sollte es nicht werden – etwa: «Jetzt rein in die EU», oder: «Kein Inländervorrang» –, sondern zuerst einmal eine weitreichende Bestandesaufnahme. Zuerst ein paar richtige Fragen und dann vielleicht ein paar informierte Antworten.

Im Verlauf der Organisation mussten wir uns gelegentlich vor der Tendenz bewahren, Europa realpolitisch auf die Europäische Union – und das Verhältnis der Schweiz zu dieser – zu reduzieren. Vernehmbar werden sollten auch Stimmen von ausserhalb oder vom Rand. So luden wir etwa die türkische Schriftstellerin und Journalistin Ece Temelkuran ein. Damit begannen die aktuellen europäischen Geschichten. Denn Temelkuran wohnt gegenwärtig in Zagreb, mit einem zeitlich beschränkten Visum, und angesichts ihrer scharfen Kritik am Erdogan-Regime gab ihr Rechtsberater plötzlich zu bedenken, womöglich werde bei einer Teilnahme in Zürich die türkische Regierung von Kroatien verlangen, Temel-

kurans Visum nicht mehr zu erneuern – eine nicht ganz unbegründete Befürchtung, wie die Verhaftung eines türkisch-deutschen Schriftstellers in Spanien gezeigt hat, ebenso wie der Druck, den das türkische Regime durch Tausende von Interpol-Gesuchen auf das europäische Rechtssystem zu erzeugen versucht. So verzichtete Temelkuran mit Bedauern auf die Teilnahme.

Schliesslich kamen 25 ReferentInnen aus zehn Ländern für ein Wochenende nach Zürich. Der Europakongress der WOZ ging am 8. und 9. September 2017 über die Bühne des Zürcher Volkshauses, mit acht Podien sowie sechs Workshops in der Zürcher Bäckeranlage. Er war ein Erfolg, mit über 400 TeilnehmerInnen und sachorientierten, zuweilen auch kontroversen Debatten.

Nationalstaat und Transnationalität

Er war ein Erfolg, trotz Anlaufschwierigkeiten. Die Auftaktveranstaltung am Freitagabend verlief aufschlussreich, obwohl, oder weil, sie teilweise missglückte. Die US-Soziologin Saskia Sassen (Autorin von *The Global City)* eröffnete als Starreferentin die Tagung – und sagte in ihrem Eingangsreferat kein einziges Wort zu Europa. Stattdessen sprach sie über die Finanzialisierung der globalen Wirtschaft, über die weltweite Urbanisierung und die Aushöhlung des öffentlichen Raums sowie über die neue verschärfte Form der Migration, die Ausstossung vieler Menschen in die Fremde durch die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen. Das war nicht so geplant, und es irritierte. Aber sie machte damit zweierlei: Erstens beschrieb sie globale Tendenzen, von denen auch Europa betroffen ist, und zweitens verdeutlichte sie die reduzierte Bedeutung der Entität «Europa».

Der Historiker Jakob Tanner knüpfte an diese signifikante Leerstelle an und rekonstruierte Europa und die Europäische Union als historisch flirrendes Bild. Für die Europäische Gemeinschaft (EG) beziehungsweise die EU gibt es, so führte er aus, keine monokausale Erklärung, sie entsprang unterschiedlichen Motiven und Traditionen und führte zu teilweise unbeabsichtigten Resultaten. Gerade die transnationale Institution rettete den eigentlich diskreditierten Nationalstaat, indem sie ihm in einem übergeordneten Gefüge eine neue Rolle zuwies. Die EU ist immer Verschiedenes zugleich: ein Friedensprojekt und ein neoliberales Zwangsregime, ein Aushandlungsmechanismus und ein Machtkartell. Sie weist gravierende demokratische Defizite und zugleich neue demokratische Ansätze auf.

Solchen ansatzweise positiven Einschätzungen setzte Catarina Principe, Mitglied des portugiesischen Bloco de Esquerda (Linksblock), ein radikal anderes Bild entgegen. Die EU habe die Nationalstaaten grundsätzlich rekonfiguriert, die forcierte Konkurrenz der nationalen Volkswirtschaften den EU-Raum in Zentrum und Peripherie zerklüftet. Dabei werde die Austeritätspolitik als Klassenkampf von oben in den Nationalstaaten geführt. Dem müsse der Klassen-

kampf im Nationalstaat antworten. Principe verneinte dabei jedes demokratische Potenzial in der EU. Dem widersprach Jakob Tanner. Trotz ähnlicher Analyse der Defizite der EU sei für ihn deren Dämonisierung keine hilfreiche Strategie. Damit würden Notwendigkeiten verkannt. Zur Lösung bestimmter Probleme sei der Nationalstaat zu klein geworden. Die griechische Krise zum Beispiel könne national nicht bewältigt werden. Saskia Sassen sekundierte, die globalen Finanzströme und die beharrende Kraft internationaler Institutionen verlangten nach transnationalen Gegenmitteln.

Damit war eine Frage angesprochen, die im Verlauf des Kongresses auf allen Podien wiederkehrte und diese implizit miteinander verschränkte: Welches sind die Räume für die aktuellen Kämpfe?

Das ist auch eine Frage des Standorts, im Wortsinn. Das machte der spanische Aktivist Tom Kucharz von der spanischen Podemos deutlich. Als in einem Plenum beiläufig der Brexit als mögliche Katastrophe für die EU wie für Grossbritannien erwähnt wurde, legte er fulminanten Einspruch ein: In Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien sei die Katastrophe längst real, übrigens auch in prekarisierten Sektoren in Frankreich und Deutschland. Um die Katastrophe zu bekämpfen, müsse man vor Ort mobilisieren. An diesem Punkt traf er sich mit Catarina Principe. Sie argumentierte in einem zweiten Auftritt von ihren konkreten Erfahrungen als Aktivistin des Linksblocks her. Beim Organisieren von Beschäftigten in schlecht bezahlten Jobs hätten sich Callcenter-Angestellte oder PflegerInnen anfänglich dagegen gewehrt, als Prekarisierte verstanden zu werden. Mittlerweile sei der Begriff in der öffentlichen Debatte wie in der Selbstwahrnehmung als Problem verankert – und damit auch ein Ansatzpunkt zur konkreten Veränderung geschaffen. Die sozialistische Minderheitsregierung in Portugal, die von der Kommunistischen Partei und dem Linksblock aufgrund eines gemeinsamen Minimalprogramms unterstützt wird, habe einige Erfolge im Kampf gegen die von der EU verordnete Austeritätspolitik verzeichnen können. Allerdings wollte Principe die gegenwärtige schwierige Lage des Linksblocks nicht verhehlen, der anfänglich ungenügende Forderungen für ein Bündnis gestellt habe und jetzt als Juniorpartner der Sozialistischen Partei WählerInnen verliere.

Kürzlich hat auch der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck, ein durchaus scharfsinniger Kapitalismuskritiker, verkündet, Demokratie sei nurmehr im beschränkten nationalstaatlichen Rahmen möglich, und hat dabei auf das fragwürdige Konzept eines homogenen nationalen Raums Bezug genommen. Diese nationalistische Wende lassen sich Kucharz und Principe nicht unterstellen. Beide erhoffen sich eine künftige transnationale Verknüpfung sozialer Bewegungen und Kämpfe und begründen die gegenwärtige Favorisierung des Nationalstaats als Kampfplatz vor allem taktisch. Dennoch überraschte die Vehemenz, mit der die AktivistInnen von der iberischen «Peripherie» diese Konzentration auf die nationale Politik vertraten.

Die offene Situation

Für den deutschen Philosophen und Aktivisten Thomas Seibert vom Institut Solidarische Moderne in Berlin zeichnet sich die gegenwärtige Lage vor allem durch ihre grundsätzliche Offenheit aus. Die Finanzkrise vor zehn Jahren habe die erste Bresche in die neoliberale Hegemonie geschlagen. Und seit dem Arabischen Frühling und den Protesten gegen die Austeritätspolitik in der EU gebe es eine globale Korrespondenz unterschiedlicher Aufbrüche und Bewegungen. Zugleich habe sich das Politische von der ausser- oder antiinstitutionellen Ebene der Strassen und Plätze auf die institutionelle Ebene der Parteien und Regierungen umgelagert. Seibert führte die griechische Syriza oder die spanische Podemos als Beispiele von Bewegungen neuen Typs an, die sich mit der Umsetzung ihrer Bewegungsenergie ins traditionelle politische Feld abmühten. Diese Offenheit bedeute allerdings auch, dass die Entwicklung in beiderlei Richtung gehen könne. Verschiedene Proteste hätten ja schon mit Rückschlägen geendet. Gegen Principe gewandt, hielt er an Europa als dem transnationalen Kampfplatz fest, der sich etwa bei den Anti-TTIP-Protesten als erfolgversprechend erwiesen habe. Seines Erachtens wäre die Verschränkung von basisbewegter und institutioneller Politik durch eine neue, demokratischer gestaltete und abgestützte EU-Verfassung zu befördern und zugleich abzusichern.

Andreas Gross, seit über dreissig Jahren im unermüdlichen Einsatz für mehr Demokratie, konnte an diesen Vorschlag anknüpfen. Für ihn ist die angebliche Souveränität der Nationalstaaten in vielerlei Hinsicht obsolet geworden. In Anbetracht der globalisierten Wirtschaft müsse Demokratie zunehmend in globale Märkte eingreifen können. Dazu brauche es transnationale Instrumente. Gross setzt einige Hoffnungen auf den neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dem er zubilligt, die EU in Richtung zunehmender Freiheit und Gerechtigkeit reformieren zu wollen. Diese Einschätzung muss man nicht teilen. Aber Gross wies auf konkrete Reformansätze hin, etwa den Vorschlag, die bisher von der neoliberal dominierten EU-Kommission betriebene Wirtschaftspolitik künftig durch ein stärker demokratisch legitimiertes EU-Finanzministerium regulieren zu lassen; oder die Weiterentwicklung der direktdemokratischen Europäischen Bürgerinitiative.

Entgrenzungen

Im Kulturbereich ist die transnationale Zusammenarbeit selbstverständlicher Alltag. Der Theatermacher Milo Rau und Rohit Jain von der antirassistischen, kulturpolitischen Gruppe Salon Bastarde konnten erfahrungsgesättigt darüber berichten. Da kommt womöglich Ungeduld gegenüber der Politik auf. Das Kulturelle kann aber auch zum illusionären Residuum werden, zu «europäischen Werten», die dann im Kulturkampf gegen alles «Fremde» instrumentalisiert wer-

den können. Dieser Gefahr wurde mehrfach ein Riegel vorgeschoben, etwa durch die russische Lyrikerin und Herausgeberin Maria Stepanowa. Wo denn Europa ende, fragte sie, und: Selbstverständlich verstehe sie sich als Europäerin. Umgekehrt heisse das aber auch, Wladimir Putin als europäisches Problem zu begreifen und nicht in die Schublade einer angeblich fremden Zivilisation wegzuräumen.

Rokhaya Diallo, Journalistin und Aktivistin aus Frankreich, sprach von einer weiteren Grenze, die Europa und das «Europäische» einhegt: der Rassismus. Man müsse unablässig wiederholen, dass der europäische Wohlstand wesentlich auf Kolonialismus und Sklaverei aufbaue. Umgekehrt sei Europa längst kein «weisser» Kontinent mehr. Die an der Universität Basel tätige Philosophin Teresa Pullano erläuterte das am Beispiel der Bürgerrechte. Eine koloniale Struktur ordne den europäischen Raum und schaffe Bürgerrechte erster und zweiter und zuweilen dritter Klasse. Am deutlichsten sei dies in der Flüchtlings- und Migrationspolitik, aber auch, trotz verbriefter Personenfreizügigkeit, auf dem Arbeitsmarkt mit nationalem und innnereuropäischem Lohngefälle sowie mit weiteren Diskriminierungen.

Europa ist auch kein «männlicher» Kontinent mehr. Agnieszka Dziemianowick-Bak aus Polen beschrieb den Erfolg der dortigen Bewegung gegen das reaktionäre Antiabtreibungsgesetz. Diese Bewegung habe verschiedene Gruppen verknüpfen können, indem sie ihnen demokratische und selbstverantwortete politische Räume bot. Für Diallo müssen solche Kämpfe von vornherein mehrfach konnotiert sein; sie selbst versteht ihr Engagement als feministisch, antirassistisch und antikapitalistisch. Die feministische Ökonomin Mascha Madörin knüpfte dies, im Gespräch mit dem US-Ökonomen James K. Galbraith, am Beispiel der Care-Ökonomie wieder an die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen an. Galbraith hat mit Yanis Varoufakis und Stuart Holland 2015 den *Bescheidenen Vorschlag zur Lösung der Eurokrise* vorgelegt und kurzfristig mit Varoufakis im griechischen Finanzministerium zusammengearbeitet. In solchen Fragen ist er pragmatischer Fachmann und überlegt sich, wie die Produktivitätsunterschiede in einem gemeinsamen Markt geregelt werden könnten. Skeptisch zeigte er sich gegenüber den Arbeitsmarktreformen des neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die entweder auf Lohnsenkungen hinausliefen oder an den Egoismen der andern Nationalstaaten im Standortwettbewerb auflaufen würden. Solche pragmatischen Analysen stehen neben dem zuweilen radikalen wirtschaftspolitischen Programm, das den Konkurrenzkapitalismus zu überwinden versucht. In einem historischen Exkurs zeigte er am New Deal der USA in den 1930er-Jahren, dass dieser nicht einfach keynesianisch die Nachfrage gesteigert habe, sondern ein inhaltlich ausgereiftes Konzept gewesen sei, mit dem Bau von zahlreichen Infrastrukturprojekten und der Bewahrung und Stärkung kommunaler Güter, von der Wasserversorgung bis zum Eisenbahn- und Strassenbau.

Galbraith stellte auch die Migration in eine ökonomische Perspektive. Migration sei ein Recht, doch ebenso sei es ein Recht, nicht zu emigrieren. Für diese Wahl müssten entsprechende Bedingungen in allen Ländern vorhanden sein, nämlich die Möglichkeit, eine würdige und angemessen entlöhnte Arbeit vor Ort zu finden.

Wie sieht es nun mit der Schweiz und der EU aus? Beitritt ja oder nein, das ist gegenwärtig keine realistische Frage, wie der SP-Nationalrat Cédric Wermuth erläuterte – da kam die SVP notgedrungen doch noch zur Sprache. Womöglich aber kann das Konzept der Personenfreizügigkeit zu einem neuen Kristallisationspunkt linker Überlegungen werden. Angestossen durch eine kürzliche Intervention von Denknetz-Sekretär Beat Ringger, wurde diese Neubewertung der Personenfreizügigkeit vom Philosophen Andreas Cassee ebenso wie von Jakob Tanner aufgegriffen. Migrations- und Niederlassungsfreiheit, als grundsätzliche Freiheitsrechte verstanden, bündeln verschiedene Motive über die Grenzen innerhalb und ausserhalb einer Gemeinschaft. Diese Freiheitsrechte stellen auch scharf die Frage, wie man ihre Konzeption jenen vermitteln kann, die sich als sozial Abgehängte erleben. Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner schilderte einige Beispiele, wie die Gewerkschaften mit den flankierenden Massnahmen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt die Gratwanderung zwischen universalem Anspruch und lokalen Bedürfnissen gestalten.

EU-Verfassung und Munizipalität

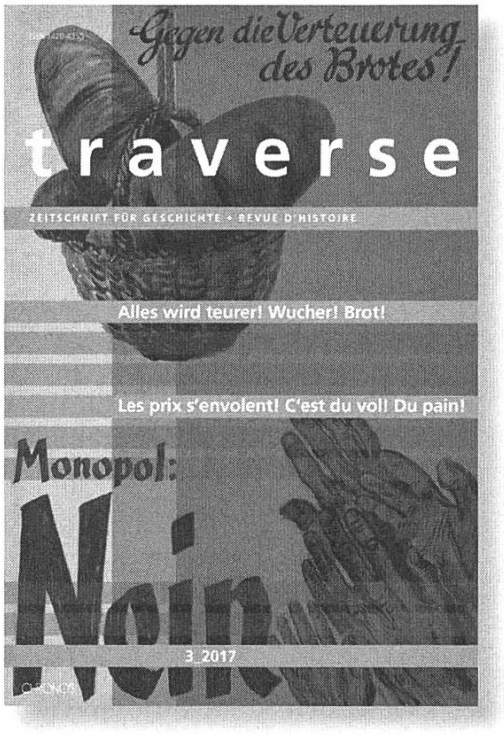
Auf der Ebene politischer Organisation kristallisierten sich zwei grundlegende Themen heraus. Da ist erstens die Neugründung der EU auf Verfassungsebene. Der Vorschlag einer Staatsbürgerschaft innerhalb einer föderalistischen Republik Europa von der deutschen Politologin Ulrike Guérot geniesst gegenwärtig einiges Prestige und erscheint als knappes, handliches Postulat. Für Gross allerdings ist dies von oben herab gedacht. Es fehle sowohl an direktdemokratischen Elementen wie auch an einem konkreten politischen Subjekt, das dieses Projekt vorantreiben könnte. Eine Verfassungsbewegung müsse von unten kommen, da waren sich Gross und Seibert einig; und dazu finden sich Anknüpfungspunkte im Manifest der europäischen Initiative DiEM25, die einen verfassungsgebenden Prozess initiieren will, der auf lokaler Ebene beginnen soll.

Auch dieser Weg scheint gegenwärtig unrealistisch. Aber Gross argumentiert aus historischer Perspektive, dass der Einwand der angeblich unüberwindbaren kulturellen Verschiedenheit der europäischen Völker nicht verfängt: 550 Millionen Menschen in Europa in eine föderale transnationale Struktur einzubinden, sei einfacher, als es 1791 gewesen sei, die sozial und geografisch massiv zerklüftete französische Bevölkerung zu einem zentralistischen Nationalstaat zu verschmelzen.

Ein zweites durchgängiges Motiv bildete die Munizipalisierung. Tom Kucharz wies auf Initiativen spanischer Städte wie Barcelona hin, das eine eigenständige Schuldenpolitik entwickelt hat, die sich jenseits und gegen das EU-Schuldenregime stellt. Dabei wird das im Zusammenhang mit der Schuldenkrise von Ländern des Südens entwickelte Konzept der «illegitimen Schulden» aktualisiert. Illegitim sind Schulden demnach, wenn sie undemokratisch eingegangen worden sind, den Interessen der Betroffenen widersprechen und die Geldgeber von der fragwürdigen Vergabepraxis Kenntnis hatten. Entsprechende Schulden und ihre Zinsen sollten aufgrund dieser juristischen Argumentation nicht mehr bedient werden.

Die Bedeutung der Städte als Orte der produktiven Unruhe hatte bereits Saskia Sassen in ihrem Eingangsreferat angeschnitten. Auch Teresa Pullano verwies auf Initiativen von Städten, eine weiter gehende Autonomie zu entwickeln und sich zugleich untereinander zu vernetzen. Einen konkreten Vorschlag warf Thomas Seibert in die Runde. Letzten Oktober hat Gesine Schwan, ehemalige SPD-Bundestagspräsidentin, die Idee einer «Europäischen Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung» vorgestellt. Danach soll die EU einen Fonds schaffen, der Städten und Kommunen zur Verfügung steht, die MigrantInnen aufnehmen. Die Mittel, die dieser Fonds vergibt, sollen nicht bloss der Deckung migrationsbezogener Ausgaben dienen, sondern dem Ausbau der sozialen Infrastruktur überhaupt. Die Idee einer Föderation von Städten verbindet sich mit der transnationalen politischen Struktur der EU. Die Nationalstaaten stellen im Rahmen der EU im Sinne eines solidarischen Ausgleichs die Mittel zur Verfügung, indem etwa Deutschland jene Summen zahlt, die Griechenland nicht aufbringen kann. Der Druck zu solchen Ausgleichszahlungen käme von unten und von oben: von den Städten und von der transnationalen Ebene. Umgekehrt soll die übergeordnete politische Ebene verhindern, dass eine Standortkonkurrenz zwischen den Städten entsteht.

Der Kongress entwarf keine grossen Konzepte, keine schönen Visionen. Vereinzelte Reaktionen haben das bemängelt. Aber die Qualität lag gerade in der Verbindung von übergreifenden Analysen und konkreten Beispielen, ohne dabei das Engagement und die Radikalität vermissen zu lassen. Eine Folgerung für die WOZ wird sein, sich stärker mit den Mechanismen der vorhandenen transnationalen Institutionen – sei es der EU oder anderer europäischer Strukturen – auseinanderzusetzen; mit dem Vorbehalt, sie womöglich als untauglich für einen demokratischen Neuanfang zu erkennen. Die Situation ist offen. Wir müssen sie mitgestalten.



2017/3. November 2017
220 S., 17 Abb. Br. CHF 28

traverse erscheint dreimal jährlich.
Abo CHF 75, für Studierende CHF 54.

Alles wird teurer!

Phänomene der Teuerung zeigen sich offen oder verdeckt und haben unterschiedliche Gründe: von Naturkatastrophen und Missernten über Kriege, fiskal- oder konjunkturpolitische Massnahmen bis zu Güter- und Transportengpässen. Mit Teuerungsschüben sind meistens Veränderungen in der Einkommensverteilung, Preisspekulationen, Vermögensumschichtungen und die Entwertung von bestehenden finanziellen Verbindlichkeiten wie Schulden oder Guthaben verbunden. All das macht die Teuerung stets zu einem sozialen Prozess mit erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen.

www.chronos-verlag.ch

CHRONOS